

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dietmar Friedhoff, Markus Frohnmaier, Edgar Naujok, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD  
– Drucksache 20/7826 –**

### **Klimawandel oder negative Auswirkungen des illegalen Sandabbaus in Afrika**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Der afrikanische Kontinent ist von Umweltzerstörung besonders stark betroffen. Entwaldung, Verschmutzung durch Plastikmüll und der dort boomende Sandabbau haben zum Teil dramatische Folgen für Umwelt und Menschen. Nach Angaben des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) hat sich die Nachfrage nach Sand und Kies innerhalb von 20 Jahren verdreifacht. Mit 40 bis 50 Milliarden Tonnen Abbau pro Jahr sei Sand einer der wichtigsten Handelsrohstoffe weltweit (<https://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/war-nung-der-uno-der-sand-wird-knapp-a-1266104.html>).

Afrika ist vom Sandabbau besonders betroffen. Denn dort wird nach der Ausbeutung von Flussbetten und Kiesgruben nun vermehrt Sand aus dem Meer abgebaut. Die Entnahme von Meeressand ist ökologisch hochgradig problematisch, da die Baggerschiffe nicht nur Wasser und Sand nach oben pumpen, sondern auch alles, was auf dem Meeresboden lebt. Dadurch wird das gesamte Meeresökosystem zerstört, einheimische Fischer verlieren ihre Existenzgrundlage. Wenn Strände abgetragen werden, wie etwa auf den Kapverdischen Inseln oder vor Senegals Hauptstadt Dakar ([https://www.kontinente.org/de/illegaler\\_sandabbau.html](https://www.kontinente.org/de/illegaler_sandabbau.html)), fallen wichtige natürliche Schutzwälle weg. Die Menschen sind vor Überschwemmungen oder Hurrikans nicht mehr ausreichend geschützt, die Häuser in Strandnähe werden unterspült. Mit der Zerstörung von Stränden sickert auch vermehrt Salz ins Grundwasser, was sich wiederum negativ auf die Landwirtschaft auswirkt. Die riesige Nachfrage führt zunehmend zum illegalen Abbau und hat eine sogenannte Sandmafia entstehen lassen. Zeitungsberichten zufolge pumpen chinesische Schiffe täglich Sandladungen im Umfang von zwölf Lastwagen aus dem Victoria-See in Uganda. Dieser Sand werde für den Export zum Hafen gefahren. Mit gewaltigen Pumpen werde nicht nur Sand, sondern auch alles andere herausgesaugt. Auch auf den größten und längsten Uferabschnitten sowie den Inseln des Landes werde Sand in erheblichem Ausmaß abgebaut. Das ganze Ökosystem in dieser Gegend sei in Gefahr, obwohl es für viele Anrainer des Victoria-Sees lebensnotwendig sei. Die sogenannte Sandmafia werde jedoch von einflussreichen Politikern geschützt (<https://www.deutschlandfunkkultur.de/china-baggert-in-afrika-die-sandmafia-am-victoriasee-100.html>).

Neben der Entwaldung und Verschmutzung durch Kunststoffmüll gehört der zunehmende massive illegale Sandabbau nach Auffassung der Fragesteller zu den Hauptfaktoren der Umweltzerstörung in Afrika. Diese stellt die These einer Verantwortung der Industrieländer für den Klimawandel und die angeblich daraus resultierenden Umweltzerstörungen auf dem Kontinent nachdrücklich infrage (<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/baerbock-verspricht-niger-und-nachbarlaendern-mehr-geld-17959662.html>, [https://www.zeit.de/wirtschaft/2022-02/klimawandel-afrika-g7-bundesregierung-aussenpolitik?utm\\_refferer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F](https://www.zeit.de/wirtschaft/2022-02/klimawandel-afrika-g7-bundesregierung-aussenpolitik?utm_refferer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F)). Denn es ist nach Auffassung der Fragesteller kein angeblich menschengemachter „Klimawandel“ dafür verantwortlich, sondern die hier beschriebenen Probleme sind hausgemacht, also von den Afrikanern selbst verursacht.

1. Befasst sich ein Bundesministerium im Rahmen der Umweltschutzpolitik der Bundesregierung in Afrika mit der Problematik und den Folgen des dortigen steigenden Sandabbaus?
  - a) Wenn ja, welches Bundesministerium befasst sich hiermit?
  - b) Wenn ja, in welcher Abteilung?
  - c) Wenn nein, warum nicht?

Die Fragen 1 bis 1c werden zusammen beantwortet.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit basiert auf Nachfragen und Bedürfnissen der Partner. Dementsprechend stellt der von den Fragestellenden benannte Sektor keinen Fokus der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit afrikanischen Ländern dar.

2. Liegen der Bundesregierung Informationen über den Umfang des Sandabbaus in Afrika vor, und wenn ja, welche, und hat sich die Bundesregierung zu der diesen Sandabbau betreffenden Lage in Afrika eine eigene Auffassung gebildet (bitte ausführen und begründen)?

Der Bundesregierung liegen keine über die öffentlich verfügbaren Angaben hinausgehenden belastbaren Informationen zum Umfang des illegalen Sandabbaus in afrikanischen Ländern vor.

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 3 verwiesen.

3. Liegen der Bundesregierung Informationen darüber vor, welche afrikanischen Länder vom illegalen Sandabbau betroffen sind, und in welchem Umfang (wenn ja, bitte auflisten und ausführen)?

Die Bundesregierung erfasst Informationen im Sinne der Fragestellung nicht systematisch. Über die Presseberichterstattung hinaus liegen der Bundesregierung lediglich vereinzelte Hinweise auf Umweltschädigungen aufgrund von illegalem oder unreguliertem Sandabbau in Afrika vor. So kommt es etwa in Malawi in Folge von derartigem Sandabbau aus Flussbetten und Seeufern zu schwerwiegenden ökologischen Störungen, der Zerstörung von Lebensräumen und einer verstärkten Erosion. Die Aktivitäten konzentrieren sich primär auf den Shire-Fluss und den Malawisee.

Auch Senegal ist von illegalem Sandabbau betroffen, wodurch die Problematik der voranschreitenden Küstenerosion verschärft wird. Allerdings ist das Phänomen aufgrund mehrerer von der senegalesischen Regierung ergriffenen Gegenmaßnahmen spürbar zurückgegangen.

Darüber hinaus sind entsprechende Auswirkungen beispielsweise in Algerien, Benin, Gambia, auf den Kapverdischen Inseln sowie in Marokko und in Nigeria bekannt. Genauere Angaben über deren Ausmaß liegen der Bundesregierung nicht vor.

4. Wird die Problematik des zunehmenden illegalen Sandabbaus bei Gesprächen zwischen der Bundesregierung und den afrikanischen Partnerländern im Rahmen des Umweltschutzengagements der Bundesregierung in Afrika thematisiert, und wenn ja, inwiefern, und inwiefern wird hierbei ggf. auf die Verantwortung der afrikanischen Partnerländer hingewiesen?

Die Bundesregierung steht in stetigem Austausch mit afrikanischen Partnerländern, auch zu Klima- und Umweltschutzfragen. Zu vertraulichen Gesprächen äußert sich die Bundesregierung grundsätzlich nicht.

Darüber hinaus wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

5. Liegen der Bundesregierung Informationen darüber vor, welchen jeweiligen Anteil der Export und die lokale Verwendung von Sand am gesamten Sandabbau in Afrika haben (wenn ja, bitte ausführen)?
6. Liegen der Bundesregierung Informationen darüber vor, in welchem Umfang Afrika Sand exportiert (wenn ja, bitte Menge und Wert angeben), welche die wichtigsten Importländer sind und für welche Verwendungszwecke diese Sand aus Afrika importieren?

Die Fragen 5 und 6 werden zusammen beantwortet.

Der Bundesregierung liegen keine Daten und Informationen im Sinne der Fragestellungen vor. Laut Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) ist Bausand üblicherweise kein global gehandeltes Produkt, sondern wird weltweit vorrangig lokal abgebaut und verwendet.

7. Vertritt die Bundesregierung trotz der nach Ansicht der Fragesteller durch Entwaldung, Kunststoffmüll und illegalen Sandabbau verursachten Umweltzerstörung in Afrika die These, dass die Industrieländer die Verantwortung für den sogenannten Klimawandel und die angeblich daraus resultierende Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen in Afrika tragen, und wenn ja, in welchem Umfang (bitte ausführen und begründen)?

Laut Weltklimarat IPCC, dessen Aussagen den weltweiten wissenschaftlichen Kenntnisstand darstellen, führt die globale Erwärmung, vor allem aufgrund der global steigenden Treibhausgasemissionen, zum Verlust natürlicher Lebensgrundlagen. Auch auf dem afrikanischen Kontinent, welcher am wenigsten zu den weltweiten Treibhausgasemissionen beiträgt, die den Klimawandel verursachen, sind diese Auswirkungen nachweisbar (siehe [www.ipcc.ch/report/ar6/wg2/downloads/outreach/IPCC\\_AR6\\_WGII\\_FactSheet\\_Africa.pdf](http://www.ipcc.ch/report/ar6/wg2/downloads/outreach/IPCC_AR6_WGII_FactSheet_Africa.pdf)).

Davon unbenommen können lokale Schädigungen der Umwelt zusätzlich zum Verlust natürlicher Lebensgrundlagen beitragen. Im Übrigen nimmt die Bundesregierung die Ansicht der Fragesteller zur Kenntnis. Sie stimmt weder der darin enthaltenen Wertung zu, noch bestätigt sie die darin enthaltenen Feststellungen oder dargestellten Sachverhalte.

